

STEUEROASEN: Bedrohung für öffentliche Haushalte, soziale Gerechtigkeit und funktionsfähige Finanzmärkte

Aufruf zivilgesellschaftlicher Organisationen

Die Finanzkrise hat in dramatischer Zuspitzung deutlich gemacht, in welchem Ausmaß Gesellschaften weltweit ökonomisch und sozial von der Intransparenz und Regellosigkeit der globalen Finanzmärkte bedroht sind. Die weitgehend unregulierte Entwicklung dieser Märkte hat die Verteilung von Chancen und Risiken, von Nutzen und Lasten undurchschaubar gemacht. Auf diese Weise hat sie mit dazu beigetragen, Wettbewerb zu verzerren und Ungleichgewichte erheblich zu verschärfen.

Doch was inzwischen nicht nur die Politik sondern auch die Marktakteure überfordert, war (und ist immer noch) von vielen gewollt: Maximierung der Renditen für eingesetztes Kapital durch systematische Umgehung nationaler Gesetze und durch Verschleierung von Risiken und gesamtgesellschaftlichen Kosten.

Wichtigstes Instrument für dieses Geschäftsmodell sind die mehr als 50 Steueroasen weltweit. Obwohl von Fläche und Einwohnerzahl her unbedeutend wird heute ein großer Teil des Welt Handels über sie abgewickelt – wenn auch nur auf dem Papier und nicht real. Mit niedrigsten Steuersätzen, einem strikten Bankgeheimnis und laxer Regulierung haben sie nur ein Ziel: Geschäfte zu ermöglichen, mit denen gegen gesetzliche Bestimmungen anderer Länder verstoßen wird. Einnahmen aus Korruption und Kriminalität aber auch Unternehmensgewinne, un versteuertes Privatvermögen oder intransparente Finanzprodukte sollen so vor Staatsanwaltschaften, Steuer- und Regulierungsbehörden versteckt werden.

Doch der Gewinn der wenigen, die schwarzes Kapital in Steueroasen verstecken, und der sie unterstützenden Banken und Finanzberater ist nur die Kehrseite der Kosten, die von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden müssen:

- Die in Steueroasen versteckten Gelder fehlen für breitenwirksame öffentliche Leistungen und dringend nötige Maßnahmen gegen die fortschreitende Umweltzerstörung. Besonders die Armen in Industrie- und Entwicklungsländern leiden darunter.
- In Steueroasen verstecken auch die Geber und Nehmer von Korruption und das organisierte Verbrechen ihre Finanzmittel. Als Orte der Geldwäsche unterstützen Steueroasen die Kriminalität und Korruption und sind mitschuldig an dem dadurch verursachten Leid.
- Die über Steueroasen hinterzogenen Steuern internationaler Konzerne und reicher Privatleute schmälern die öffentlichen Haushalte und erhöhen deren Verschuldung. Die Erhöhung von Lohn- und Verbrauchssteuern zum Ausgleich für diese Verluste belastet besonders die Ärmern und gefährdet den sozialen Frieden.
- Entwicklungsländer geraten durch die genannten Praktiken in zunehmende Abhängigkeit von Entwicklungshilfe und Krediten. Schon heute verlieren sie mehr durch Steuerhinterziehung über Steueroasen als sie an Entwicklungshilfe erhalten.
- Die Auslagerung und Verschleierung finanzieller Risiken durch Finanzkonstruktionen mit Hilfe von Steueroasen führt zu unternehmerischen Fehlanreizen und bedroht das Funktionieren der Finanzmärkte. Die Folgekosten, z.B. durch die Rettung des Bankensystems, trägt wiederum die Mehrheit der Bevölkerung.

Als Schutzräume und Drehscheiben für schwarzes Kapital bedrohen Steueroasen die zentralen Säulen einer globalen Entwicklung, die alle einschließen soll. Sie haben auch einen wesentlichen Anteil an der aktuellen Finanzkrise. Ihrem Geschäftsmodell muss deshalb der Boden entzogen werden. Das muss ein zentraler Bestandteil bei der Suche nach international abgestimmten Antworten auf die aktuelle Finanzkrise sein. Regulierungen und Transparenzanforderungen würden sonst in Zukunft ebenso umgangen wie heute bereits nationale Steuergesetze.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, in ihrer nationalen Gesetzgebung und als Mitglied multilateraler Institutionen und Verhandlungen dafür zu sorgen, dass

- Steueroasen ein zentraler Gegenstand der kommenden internationalen Verhandlungen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise werden, beginnend mit dem Treffen der G20 Anfang April in London.
- eine umfassende internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und missbräuchlicher Steuervermeidung, Korruption und Geldwäsche durch die Beteiligung möglichst aller Staaten auf der Ebene der Vereinten Nationen erreicht wird;
- bestehende Standards zu Transparenz und zwischenstaatlicher Steuerkooperation so erweitert werden, dass sie eine effektive Besteuerung ermöglichen. Zu diesem Zweck muss ein automatischer Informationsaustausch zwischen nationalen Steuerbehörden verbindlich eingeführt werden;
- eine öffentliche schwarze Liste zur Identifizierung und Sanktionierung von Staaten und Jurisdiktionen eingerichtet wird, die diese Standards nicht erfüllen;
- die Rechnungslegung internationaler Unternehmen verbindlich so geregelt wird, dass eine länderbezogene Offenlegung aller für die Besteuerung notwendigen Angaben eine effektive Besteuerung ermöglicht;
- Entwicklungsländer im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Korruption sowie bei der Aufspürung und Rückführung hinterzogener und gestohlener öffentlicher Mittel technisch und politisch unterstützt werden;
- Entwicklungsländer, die aus dem Steueroasen-Geschäft aussteigen wollen, Unterstützung beim Aufbau ökonomischer Alternativen erhalten;
- nur solche Banken und Unternehmen öffentliche Unterstützung und Aufträge erhalten, die keine Geschäftsbeziehungen zu Steueroasen unterhalten oder bereit sind, solche Geschäftsbeziehungen völlig offenzulegen.

Die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gruppen sind in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens engagiert. Doch die öffentliche Armut und das Aushöhlen der Fundamente des Zusammenlebens betreffen unser aller Arbeit im Kern, auf nationaler ebenso wie auf internationaler Ebene. Eine globale Gesellschaft braucht globale Solidarität. Globale Solidarität braucht globale Steuergerechtigkeit. Steueroasen unterhöheln diese Solidarität und Gerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dem Geschäftsmodell der Steueroasen durch verantwortliche nationale und internationale Politik den Boden zu entziehen. Neben unserer politischen Unterstützung bieten wir dazu die Kompetenz und Expertise aus unseren jeweiligen Arbeitsbereichen zur Mitarbeit an.

Diesen Aufruf tragen die folgenden unterzeichnenden Organisationen und Personen:

- Attac-Deutschland
- Bündnis erlassjahr.de
- Brot für die Welt
- Deutsche Welthungerhilfe
- Deutscher Caritasverband / Caritas international
- Deutscher Naturschutzring
- Evangelischer Entwicklungsdienst
- Germanwatch
- Global Policy Forum Europe
- Institut Südwind
- Misereor
- Netzwerk Steuergerechtigkeit
- Oxfam Deutschland
- Transparency International Deutschland
- urgewald
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di
- weed – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung

- Wolfgang Rode, Vorstandsmitglied der IG Metall
- Horst Schmitthenner, IG Metall Verbindungsbüro soziale Bewegungen
- Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall